

THURGAUER FREISINN

«Movimento»

Unsere nächsten
Mitgliederversammlungen:
17. Juni 2021
17. August 2021



Geschätzte Freisinnige

Die FDP Thurgau ist in Schwung – sei es innerhalb der Parteileitung, in der Grossratsfraktion oder bei den Parteianlässen. Der Freisinn bewegte sich in den vergangenen Monaten spürbar, und das wiederum versprüht Freude und Spass. Das frische Image basiert auf dem positiven Geist und dem vorwärts gerichteten Tatendrang unserer engagierten Mitglieder und Amtsträgerinnen und Amtsträger.

Bewegung gab es vielerorts: In der Grossratsfraktion verabschiedete sich mit Heidi Grau eine Grande Dame aus der kantonalen Politik. Gleich-

zeitig durften wir Michèle Strähl-Obrist neu in der Fraktion begrüßen. Eine liberale Bewegung kommt auch auf den Kanton zu. Die FDP-Fraktion konnte wieder verschiedene Vorstösse erfolgreich einleiten und mitprägen.

Schwungvoll ging es weiter an unseren Mitgliederversammlungen. Die FDP Thurgau hat die Corona-Pandemie dazu genutzt, das Format der Versammlungen zu modernisieren, und darf bereits auf zwei erfolgreiche, hybride Veranstaltungen zurückblicken. Wie das funktioniert hat und welche Abstimmungsparolen für den 13. Juni 2021 die fast 90 Mitglieder gefasst haben, erfahren Sie in dieser neusten «Freisinn»-Ausgabe.

Der Zeit einen Schritt voraus sein, müssen auch unsere Schulbehördenmitglieder. Wir haben bei den Präsidentinnen und Präsidenten nachgefragt, wie sie die Herkulesaufgaben meistern und ihre Schulgemeinden fit für die Zukunft gestalten. Der Artikel zeigt eindrücklich auf, wie engagiert und verwurzelt unsere Partei auch in der Bildung ist.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen und freue mich auf weiterhin viel Bewegung in der FDP – ganz nach unserem Motto «Fortschritt statt Stillstand».

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Unternehmer sprechen sich für das CO₂-Gesetz aus
- 14/15 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO₂-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat
- 21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!



Mehr Tempo ist nötig

Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldsprobe gestellt.

Einen Impfwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgehen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

Unsere Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen

eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO₂-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Engagierte Mitglieder – spannende Vorlagen

Hybrid: Die neue Versammlungsform kommt an

Weit über 100 Mitglieder haben sich an der hybriden Mitgliederversammlung zu den Parolenfassungen für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni online eingeklickt. Der Chat lief auf Hochtouren. Ebenso lebhaft verliefen die Diskussionen vor Ort im Auholzsaal in Sulgen. Die Resultate: Ja zum CO₂-, zum Covid-19- und zum Terrorismus-Gesetz. Nein zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative.

«Wir wollen die Abstimmungsparolen konsequent von unserer Basis fassen lassen», betont Parteipräsident Gabriel Macedo. Wenn fünf gewichtige Vorlagen gleichzeitig auf der Abstimmungsagenda stehen, ist ein dichtes Programm vorgegeben. Davon liessen sich die Mitglieder der FDP Thurgau nicht abschrecken. Ganz im Gegenteil. Noch selten waren Beteiligung und aktive Mitwirkung so gross. Live vor Ort im Auholzsaal in Sulgen oder zu Hause am Bildschirm: Die Mitglieder brachten sich bis zum Schluss der gut zweieinhalb Stunden dauernden Versammlung per Direktübertragung mit Chatfunktion oder mit Voten und Fragen vor Ort äusserst aktiv ein. Die Organisatoren sahen sich deshalb phasenweise mit einem Luxusproblem konfrontiert: Alle Voten aus dem Saal mit rund 40 Anwesenden sowie jene aus dem digitalen Kanal schnellstmöglich aufzunehmen und an die sehr engagierten Referentinnen und Referenten weiterzu-

leiten. Phasenweise eine Herkulesaufgabe. «So stellen wir uns Mitwirkung vor», freute sich Parteipräsident Gabriel Macedo nach der Versammlung. 87 Personen beteiligten sich schliesslich an der anonymen Parolenfassung: In Sulgen mit den traditionellen Stimmzetteln, zu Hause über ein digitales Abstimmungstool.

Kontroverse Diskussionen – deutliche Parolen

Kantonsrat Daniel Eugster erklärte einleitend, wie die Schweiz mit dem totalrevidierten CO₂-Gesetz ihren Verpflichtungen gemäss dem 2017 unterzeichneten Pariser Klimaabkommen nachkomme, dem Klimawandel entgegenwirke und das Verursacherprinzip stärken will. Unter seiner Leitung kreuzten sich anschliessend die beiden Nationalrätinnen Diana Gutjahr (SVP/Kontra) und Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP/Pro) auf dem Podium die Klingen. Kantonsrat Viktor Gschwend stellte



die Pestizid-Initiative vor. Bei einem «Ja» würde der Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln sowie der Import von Lebensmitteln, die Pestizide enthalten oder mit ihrer Hilfe produziert werden, in der Schweiz verboten werden. Direktzahlungen an Betriebe, die chemisch-synthetische oder natürliche Pflanzenschutzmittel oder Futter für ihre Tiere zukaufen, würden nach einer Übergangsfrist gestoppt oder weiterfahren wie bisher: Gespalten waren die Meinungen unter den Anwesenden wie auch im Chat zu der von Daniel Eugster vorgestellten Trinkwasser-Initiative – mit entsprechend kontroversen Diskussionen. Fraktionspräsident Anders Stokholm erklärte, was mit dem Covid-19-Gesetz geregelt werden soll: Klare Leitplanken für den Handlungsspielraum des Bundesrates, demokratische Legitimität der Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. In seinen Erläuterungen zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) machte Oberrichter Dr. Marcel Ogg deutlich: «Polizeiliche Präventivmassnahmen bringen notgedrungen eine Einschränkung der Freiheit von terroristischen Gefährdern mit sich.» Allerdings erfordere die rechtzeitige Verhinderung von terroristischen Gewalttaten griffige Massnahmen. – Waren die Meinungen im Chat und bei den Anwesenden bei einigen Vorlagen gespalten, letztlich fassten die Mitglieder klare Parolen.

Marie-Theres Brühwiler



Parolenfassungen für die Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

- ✓ **Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)**
JA-Parole (65 JA, 21 NEIN, 1 Enthaltung)
- ✗ **Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»**
NEIN-Parole (72 NEIN, 11 JA, 4 Enthaltungen)
- ✗ **Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»**
NEIN-Parole (51 NEIN, 33 JA, 3 Enthaltungen)
- ✓ **Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)**
JA-Parole (73 JA, 10 NEIN, 4 Enthaltungen)
- ✓ **Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)**
JA-Parole (73 JA, 7 NEIN, 7 Enthaltungen)



Der Zeit einen Schritt voraus

Engagiert in der Bildung

Strategische Vorhaben weitsichtig planen und auf die operative Ebene herunterbrechen; ein optimales Lehr- und Lernklima für ganz unterschiedliche Persönlichkeiten schaffen; vom Volk gewählte Behördenmitglieder als leistungsfähige und motivierte Führungscrew bestmöglich zum Wirken bringen. Dazu: Fundiertes Fachwissen in Finanzen, Bau und Infrastruktur, Führungsstärke, Organisationsgeschick und Entscheidungsfreude. Speziell in kleineren Schulgemeinden oft ein Balanceakt mit der beruflichen Haupttätigkeit. – Schulpräsidentinnen und -präsidenten meistern wahre Herkulesaufgaben.

Amtsträgerinnen und Amtsträger gewähren Einblick in ihren Alltag.

Seraina Perini



«Es braucht motivierte Mitarbeitende»

Schule und Bildungspolitik waren Seraina Perini schon immer ein grosses Anliegen. Die ausgebildete Primarlehrerin hat sich stetig in verschiedenen Bereichen weitergebildet, war in der Privatwirtschaft tätig und ist Schulpräsidentin aus Leidenschaft. Die Aufgabe beschreibt sie als herausfordernd, vielseitig und ausgesprochen spannend. Für eine gute Schule brauche es motivierte, wertgeschätzte Mitarbeitende, eine effiziente Verwaltung, guten Schulraum, eine solide Finanzierung und besonders ein gelingendes Zusammen-

wirken von Kindern, Lehrpersonen und Eltern. «Es ist gut, dafür einen möglichst vollen Rucksack mitzubringen.» Ihr Motto vom Kindergartenalter bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit lautet: «Fordern und Fördern». Auf der strategischen Ebene warten mit der langfristigen Planung und Anpassung der Schulinfrastruktur grosse Herausforderungen auf die begeisterte Ausdauersportlerin. Operativ gelte es, den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen, einen guten Umgang mit der grossen Heterogenität zu finden und die Möglichkeiten der Digitalisierung optimal zu nutzen. Lernen@home: Unter diesem Aspekt haben die Schulen im letzten Jahr einen Riesensprung gemacht. Leider habe sich die Schere in den wenigen Wochen ohne Präsenzunterricht noch weiter aufgetan. Den 11. Mai 2020 wird die Präsidentin der beiden Kreuzlinger Schulbehörden nicht so schnell vergessen. «Wie gerne die meisten Schülerinnen und Schüler in die Klassenzimmer zurückgekehrt sind, war eine grosse Freude.» In der Bildungspolitik müssten nach ihr die Reaktionswege verkürzt und die Basis verstärkt eingebunden werden. «Es wäre schön, wenn wir wieder vermehrt entstehen lassen könnten und weniger vorgegeben wäre.»

Seraina Perini, Lehrerin, Kulturmanagerin, seit Mai 2019 Präsidentin Primar- und Sekundarschule Kreuzlingen. Anzahl SchülerInnen: 1900.

Lukas Weinhappl



«Das Entwicklungspotenzial ist riesig»

«Das Milizsystem stösst im Schulalltag immer mehr an seine Grenzen.» Lukas Weinhappl wünscht sich deshalb, dass die Politik Anreize zur Bildung von grösseren und professionelleren Volksschulgemeinden schafft. Das Entwicklungspotenzial in seiner Funktion sei riesig. «Wobei immer passende und finanzierbare Lösungen gefunden werden müssen.» Ebenso müsse man bereit sein, eine grosse Verantwortung zu übernehmen. «Ich nehme diese sehr gerne wahr.» Als früherer Kantonalpräsident der Jungfreisinnigen und Offizier ist er Führungsrollen gewohnt. Den Überblick über alle organisatorischen Veränderungen behalten und Wichtiges sowie Dringendes von allem anderen unterscheiden zu können, sieht er als grösste Herausforderungen. Der Präsident der Volksschulgemeinde Münchwilen wünscht sich, dass Medien und Informatik im Unterricht selbstverständlich integriert sind und die überfachlichen Kompetenzen den Stellenwert erhalten, der ihnen zustehen sollte. Den Präsenzunterricht individueller und vielseitiger zu gestalten, könnte eine der positiven Lehren aus der Zeit des Fernunterrichts sein.

Lukas Weinhappl, Anwalt, Präsident der Volksschulgemeinde Münchwilen seit 2017. Anzahl SchülerInnen: 600.

Regina Hiller



«Das Image der Schule hat viel gewonnen»

«Eigentlich hätte ich nicht nur Pädagogik und Organisationsberatung, sondern Betriebswirtschaft, Politologie, Journalismus, Rechtswissenschaften, Statistik, Soziale Arbeit, Architektur, Facility

Management und Medizin studieren sollen», schmunzelt Regina Hiller. Doch genau dieser Reichtum an Themen mache das Amt der Schulpräsidentin so attraktiv. Die grosse Verantwortung trägt Regina Hiller gerne. Mit echtem Interesse an den unterschiedlichsten Bedürfnissen möchte sie «ihren» Kindern während der Schulzeit bestmögliche Rahmenbedingungen bieten. Wichtig ist ihr zudem, Vertrauen in die Behördenmitglieder und Führungsverantwortlichen aufzubauen. Als Präsidentin müsse man delegieren können und vor allem Freude an den verschiedensten Formen der Kommunikation mitbringen. Im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern will Regina Hiller in den nächsten zwölf Monaten neue Wege suchen: «Sie sollen, wenn immer möglich, in der Regelklasse tragbar bleiben. Und unsere Lehrpersonen sollen sich dabei wirkungsvoll unterstützt fühlen.» Als nächste grosse Herausforderung sieht die Präsidentin der Primarschulgemeinde Arbon die aufgrund des neuen Beitragsgesetzes leider unumgängliche Steuererhöhung. Von der Politik wünscht sie sich die Finanzierung und Klärung der Zuständigkeiten in der Vorschulzeit sowie zumutbare Tarife für ein qualitativ und quantitativ solides Betreuungsangebot. Positiv für das Image der Schule sei die Corona-bedingte Schulschliessung gewesen. «Die Systemrelevanz der öffentlichen Schule ist allen Generationen bewusst geworden.» Je kleiner das Kind, desto wichtiger sei die Beziehungspflege und damit der Präsenzunterricht.

Regina Hiller, MAS Supervision und Organisationsberatung, Primarschulpräsidentin Arbon seit April 2011. Anzahl SchülerInnen: 1000.

Thomas Wieland



«Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereiten»

Während Schülerzahlen längere Zeit sanken, steigen sie seit einigen Jahren wieder. Daraus und aufgrund der vom Kanton vorgegebenen neuen Standards ergeben sich laufend neue Anforderungen an die Infrastruktur. «Schulbehörden müssen gedanklich mindestens fünf bis zehn Jahre voraus sein», weiss Thomas Wieland. Für den früheren Produktionsleiter in der Privatindustrie und heutigen Prä-

sidenten der beiden Weinfelder Schulbehörden zu je 45 Prozent ist diese Situation allerdings nicht neu. Auf die Digitalisierung waren die Weinfelder Schulen vorbereitet. Einen zusätzlichen Schub gab das kurzfristig angeordnete Homeschooling im letzten Jahr. Weitere pädagogische Entwicklungsschritte werden stattfinden: «Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereiten». Aufgabe der Behörde sei es, eine Plattform zur Verfügung zu stellen, um «gute» Schule machen zu können. Thomas Wieland wünscht sich familienergänzende Betreuungsangebote und Engagement in der frühen Förderung, ohne diese Zusatzaufgaben den Schulgemeinden zu übertragen. «Es ist wichtig, dass wir uns auf unsere Kernaufgaben – das Schaffen von bestmöglichen Rahmenbedingungen mit motivierten Lehrpersonen vom Kindergarten- bis zum Sekundarschulalter – konzentrieren können.» Corona habe den Schülerinnen und Schülern viele, wichtige Gemeinschaftserlebnisse genommen. «Die Wertschätzung gegenüber unseren Schulen ist aber deutlich gestiegen.» So überzeugt Thomas Wieland von den eigenständigen, gut funktionierenden Körperschaften der Thurgauer Bildungslandschaft ist, so begeistert ist er von seinem Amt. «Diese Aufgabe ist mir auf den Leib zugeschnitten: Sehr vielseitig und sehr herausfordernd.»

Thomas Wieland, Elektromechaniker/Betriebs-techniker TS/Wirtschaftstechniker FH, Primarschulpräsident Weinfelden seit 2013, Sekundarschulpräsident Weinfelden seit 2020. Anzahl SchülerInnen: 1335.

Monika Ribl Bichsel



«Persönlichkeit stärken und mutiger beurteilen»

«Mich reizt die grosse Sinnhaftigkeit dieses Amtes – mit Menschen und gut funktionierenden Teams im Mittelpunkt», sagt Monika Ribl Bichsel. Als Schulpräsidentin müsse man strategisch denken und handeln können, dazu konsensfähig und selbstkritisch sein. Die grössten Herausforderungen sieht Monika Ribl Bichsel in der Digitalisierung, Schulen fehle es oft noch an Know-how und Ressourcen, in der Heterogenität in den Klassen sowie in der Integration von Schülerinnen und

Schülern mit besonderen Bedürfnissen. «Bewährtes Wissen und Erfahrungen sind schnell überholt, Aufgaben und Erwartungen steigen und die Ressourcen von Schulleitungen und Lehrpersonen sind begrenzt.» Zusammen mit ihren Behörden und Schulleitungen arbeitet Monika Ribl Bichsel an der Zukunft der Schule und treibt die Entwicklung in Unterricht und Organisation voran. «Jede Schule muss selber gemäss den Bedürfnissen aktiv an ihrer Zukunft arbeiten.» Als Schulpräsidentin von zwei eigenständigen Schulbehörden wünscht sie sich Zeit und Raum, um Umgesetztes zu festigen und weniger Reformen von oben. Zudem sollte es in der Schule nicht nur um Fächer, vielmehr auch um Menschenbildung sowie die Förderung von Persönlichkeiten und das Stärken von Begabungen und Talenten gehen. Bei den Beurteilungen könnte man mutiger sein und statt Noten auf Leistungsberichte setzen. Ihre Schülerinnen und Schüler mussten in den letzten Monaten Verzicht lernen auf gemeinsames Erleben und vieles mehr, dafür konnten sie ihre digitale Kompetenz ausbauen. Monika Ribl Bichsel hat sich vorgenommen, «Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung nicht zu puschen, sondern zu stärken und manchmal auch mit Mut zur Lücke zu begleiten.»

Monika Ribl Bichsel, kaufmännische Angestellte, Präsidentin der Primarschule Mammern seit 2011, Präsidentin der Sekundarschule Steckborn seit 2017 und Mitglied im Vorstand VTGS seit 2019. Anzahl SchülerInnen: 220.

Beat Kneubühler



«Karrieren entwickeln sich ein Leben lang»

«Schulen sind ab und zu ein kleiner Flohzirkus», schmunzelt Beat Kneubühler. Doch mit Zuhören erreiche man oft schon viel. Nie darf man vergessen, dass hinter jedem Anliegen Menschen und Schicksale stehen. «Die Vielseitigkeit der Behördenarbeit fasziniert mich immer wieder neu.» Der Ermatinger steht einer der kleinsten Sekundarschulen im Kanton Thurgau vor und ist demzufolge nur in einem kleinen Teilzeitpensum angestellt. «Auch wenn die Sekundarschule, schulisch be-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

trachtet, nur in einem schmalen Spektrum tätig ist, ist diese Stufe wichtig.» Zudem sei man als öffentliche Körperschaft nicht einem Shareholder verpflichtet, sondern stehe mit sehr vielen Stakeholdern im Austausch. «Das macht es enorm spannend.» Beat Kneubühler ist überzeugt, das Lehren und Lernen werde sich in den kommenden Jahren grundlegend ändern. Ermatingen wird sich besonders mit neuen Raum- und Schulkonzepten befassen. «Ich habe das Glück, mit grosser Freude, Überzeugung und einem äusserst engagierten Team ans Werk gehen zu können. Darum wird es mir schwerfallen, irgendwann loszulassen.» Aber nur ein regelmässiger Wechsel in den Behörden garantiere deren Weiterentwicklung. Corona habe die Digitalisierung beschleunigt. Über Methodik und Didaktik werde aber noch zu wenig diskutiert. Auch sollte sich die Bildungspolitik mehr auf die Durchlässigkeit der Sek II und den daraus resultierenden Möglichkeiten fokussieren. «Es darf nicht sein, dass Berufsbildung und Maturität mit Quoten denken gegeneinander ausgespielt werden. Karrieren entwickeln sich ein Leben lang weiter. Im Zentrum stehen immer die Jugendlichen mit ihren Kompetenzen und Fähigkeiten.»

Beat Kneubühler, Ressortleiter Berufsbildung, Präsident der Sekundarschule Ermatingen seit 2013. Anzahl SchülerInnen: 111.

Oliver Schmid



«Ein mehrjähriges Engagement ist von Vorteil»

«Das Schulpräsidium als zusätzliches Nebenamt stellt für mich eine grosse Bereicherung dar», sagt Oliver Schmid. Es sei reizvoll, zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen in der Schulbehörde für optimale Bedingungen der Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen zu sorgen. «Als Schulpräsident muss man gesellschaftlichen und schulischen Entwicklungen offen gegenüberstehen. Hinzu

kommt: gut zuhören können, diskussions- und konsensfähig sein. Wichtige Voraussetzungen im anspruchsvollen Amt sind zudem die Bereitschaft für ein mehrjähriges Engagement und grosse Führungsverantwortung», so Oliver Schmid. Den unterschiedlichen Erwartungen aller Akteure gerecht zu werden, beschreibt er als Herausforderung. Die zunehmende Digitalisierung im Bildungssystem werde neue Optionen erschliessen, beispielsweise mit einem auf die individuellen Fähigkeiten angepassten Lerntempo. «Je grösser die Medien- und Informatikkompetenz der Kinder, je mehr sind die Eltern gefordert – und manchmal auch überfordert.» In der Behördenarbeit orientiert sich Oliver Schmid an den strategischen Legislaturzielen. Aktuelle Themen sind Mittagstisch, Neu- oder Ersatzbauten für Schulhaus und Mehrzweckhalle. Der Primarschulpräsident von Müllheim wünscht sich Akzeptanz und Offenheit für anstehende Veränderungen. Das gut etablierte Bildungssystem sieht er als zentrale Funktion für Wirtschaft und Gesellschaft. «Die Basis bilden gute Volksschulen und der bestens eingespielte duale Bildungsweg.»

Oliver Schmid, Marktgebietsleiter, Präsident der Primarschulgemeinde Müllheim seit 2017. Anzahl SchülerInnen: 255.

Herzlichen Dank all unseren Schulbehördenmitgliedern

Sacha Angehrn, Volksschulbehörde Amriswil
Regina Hiller, Präsidentin Primarschulbehörde Arbon
Martin Thalmann, Primarschulbehörde Arbon
Adrian Bitzi, Sekundarschulbehörde Arbon
Jérôme Heer, Sekundarschulbehörde Arbon
Urs Bodenmann, Volksschulbehörde Horn
Christoph Egli, Volksschulbehörde Horn
Arno Germann, Sekundarschulbehörde Romanshorn
Rebecca von Rappard, Präsidentin Primarschulbehörde Uttwil
Manuel Gervilla, Primarschulbehörde Frauenfeld
Hansjörg Ruh, Primarschulbehörde Frauenfeld
Andrea Scherrer Ogg, Primarschulbehörde Frauenfeld
Stefan Dähler, Sekundarschulbehörde Frauenfeld

Monika Ribl Bichsel, Präsidentin Schulkommission Mammern und Präsidentin Sekundarschulbehörde Steckborn
Oliver Schmid, Präsident Primarschulbehörde Müllheim
Christian Barth, Primarschulbehörde Altnau
Beat Kneubühler, Präsident Sekundarschulbehörde Ermatingen
Seraina Perini, Präsidentin Primarschul- und Sekundarschulbehörde Kreuzlingen
Markus Blättler, Primarschulbehörde Kreuzlingen
Cvjetko Miljic, Primarschulbehörde Kreuzlingen
Andreas Schreiber, Primarschulbehörde Kreuzlingen
Susan Danubio-Hugelshofer, Sekundarschulbehörde Kreuzlingen

Jasmin Frei, Schulbehörde Aadorf
Lukas Weinappl, Präsident VSG Münchwilen
Leo Haas, Präsident Volksschulbehörde Rickenbach
Fabio Menegola, Schulbehörde Wängi
Jeanette Künzle, Primarschulbehörde Märstetten
Sandro Körber, Primarschulbehörde Märwil
Thomas Wieland, Präsident Primarschul- und Sekundarschulbehörde Weinfelden
Patrick Boschi, Primarschulbehörde Weinfelden
Simon Engeli, Sekundarschulbehörde Weinfelden
Maike Scherrer, Präsidentin VSG Nollen
Heinz Gfeller, Behördenmitglied VSG Sulgen
Patrik Seiz, Behördenmitglied VSG Sulgen



Gabriel Macedo und Martina Pfiffner Müller.



Klarer, bunter, frecher, vernetzter

Das Morgen ist heute

Voller Energie und mutig in die Zukunft – jetzt den Erfolg vorbereiten. Unser breit angelegtes Zukunftsprojekt «Movimento» startete letzten Herbst. Parteipräsident Gabriel Macedo und Projektleiterin Martina Pfiffner Müller erklären, wo «Movimento» steht und woran gearbeitet wird.

«Kurz, knackig und klar» – ein Top-Argument bei «Movimento». Genauso möchten wir uns «Movimento» erklären lassen.

Gabriel Macedo: Aus dem Sport wissen wir, Talent alleine reicht nicht. Es braucht auch einen fitten Geist und Körper, Ausdauer- und Taktiktraining. Mit unserem Zukunftsprojekt «Movimento» wollen wir eine spürbare, allen Altersgruppen gerecht werdende Politik betreiben und für die anstehenden Wahlen eine solide Basis schaffen. Dafür braucht es eine FDP Thurgau in Bewegung.

Martina Pfiffner Müller: Die Umsetzung hat begonnen. Alle Mitglieder der FDP Thurgau konnten (und können nach wie vor) sich einbringen. Die FDP Thurgau bekommt wieder Flügel!

Mitgliederumfrage, Workshops, Soundingboards und Konzeptpapier – erfolgten mit Elan. Wie geht es nun weiter?

GM: Die Grundlagenarbeit ist beendet und hat Defizite schonungslos aufgezeigt. Verschiedene Ver-

änderungen werden jetzt aktiv angegangen – manche direkt spürbar, manche etwas später.

MPM: Die «Absichtserklärung» steht auf Papier. Handeln ist angesagt. Jede*r kann zur Schärfung unseres Profils beitragen. #jetzterstrecht! Denn nicht «die da oben», sondern «wir alle gemeinsam» werden aktiv – und es muss Spass machen.

Verglichen mit einem Marathon – bei welchem Kilometer stehen wir aktuell?

GM: Das Training ist beendet, das Ziel angepeilt, der Startschuss erfolgt.

MPM: Wir zählen auf anfeuerndes Publikum und immer mehr Läuferinnen und Läufer! Unsere Diversität kommt dabei breit zum Einsatz.

Die FDP TG will bunter werden. Was wird farbiger?

GM: In ihrer Vielfalt und auf allen Ebenen ist unsere Partei für unsere Gesellschaft und Wirtschaft engagiert. Diese Buntheit müssen wir inhaltlich besser nutzen und verstärkt nach aussen zeigen.

MPM: Wir sind nicht nur Wirtschaft, wir sind auch Bildung, Gesellschaft, Gesundheit, Nachhaltigkeit und vieles mehr. Mutige Positionierung wird zu mehr Farbe führen – dies zumindest mein Credo.

Wo und wie will die FDP TG klarer werden?

GM: Die Positionen der FDP sind oft unbekannt und/oder zu kompliziert. Das parallel zu «Movimento» erarbeitete Kommunikationskonzept wird unsere Standpunkte einfacher, schneller und verständlicher nach innen und aussen tragen.

MPM: ... und wir werden mehr Geschichten erzählen. Wir müssen unsere Sachkompetenz mutig, frech und frisch, tatkräftig und wirkungsvoll platzieren. Am besten streichen wir «können» und «sollen» aus unserem Wortschatz.

Macht «Movimento» die FDP bürgernäher?

GM: Elitär ist nur das Image. Wir sind es nicht. Wir müssen unsere Bürgernähe nur gezielter kommunizieren.

MPM: ... und uns vermehrt auf der Gasse zeigen. Wir dürfen stolz sein auf unsere Partei und unser Programm.

Verknüpfen, agieren, begeistern: Wie geht das im politischen Alltag?

GM: Wir verknüpfen vorhandenes Know-how, eliminieren Schnittstellen und aktivieren den Austausch zwischen Gremien und Amtsträgern. Wir legen Leuchtturmthemen fest, erarbeiten Visionen und berichten regelmässig darüber. Wir begeistern, indem wir mit Freude und einem Lachen arbeiten und vorwärtslaufen.

MPM: Bis an die Basis spürbar zu werden und voneinander zu profitieren, ist eine der Herausforderungen. Mein Wunsch wäre es, unsere Mitglieder und Ortsparteien nicht «aufs Boot zu holen», sondern sie «Boote bauen lassen». Wenn uns das gelingt, dürfen wir zufrieden sein.

Weshalb ist «Movimento» enkeltauglich?

GM: Es basiert auf den Erfahrungen aus der Vergangenheit, berücksichtigt die aktuellen Konstellationen und orientiert sich an den künftigen Bedürfnissen mit klaren Zielen und Visionen. «Movimento» soll ein rollender Prozess bleiben.

MPM: Weil wir den Blick konsequent in die Zukunft richten und das riesige Engagement aus vergangenen Jahren gebührend würdigen.

Wie und wo können sich die Mitglieder einbringen?

GM: Unsere Mitglieder sind eingeladen, sich einzubringen. Jede Rückmeldung, jeder Input, jede Idee ist willkommen und wird bearbeitet.

MPM: Nicht verzagen, deine/n Ortsparteipräsidentin bzw. -präsidenten fragen!

Interview: Marie-Theres Brühwiler



Danke, Heidi Grau

Eine «grande dame» verabschiedet sich aus der Politik

Heidi Grau hinterlässt viele Spuren – als langjähriges Grossratsmitglied, als ehemalige Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, als höchste Thurgauerin, als Gemeindepräsidentin, als verdientes Parteimitglied, als Schafferin und Kämpferin. Zahlreiche Erfolge durfte Heidi Grau während ihrer politischen Laufbahn feiern. Den persönlich grössten Sieg erzielte sie als 22-Jährige. Mit eisernem Willen hat sie die lebensbedrohliche Krankheit, durch welche sie monatelang fast vollständig gelähmt war, überwunden.

Verantwortungsgefühl, Demut, Verlässlichkeit, Fleiss, Kompetenz, Klarheit, Enthusiasmus: Heidi Grau lebt es in allen Facetten vorbildlich vor. «Bevor ich einen Chef bekomme, der mir nicht passt, versuche ich es lieber selbst», sagte sich die im Fürstentum aufgewachsene Gemeindeführerin von Zihlschlacht-Sitterdorf vor bald 22 Jahren. Gegen die Konkurrenz von zwei im Dorf aufgewachsenen Männern setzte sich die «Auswärtige» im Jahr 2000 in den Wahlen um das Gemeindepräsidium Zihlschlacht-Sitterdorf aufgrund ihrer Fachkompetenz durch.

Ferientage in Frauenfeld und Weinfelden

Vier Jahre nach ihrem Amtsantritt als Gemeindepräsidentin wurde Heidi Grau in den Kantonsrat

gewählt. «Meine Gemeinderatskollegen gaben mir diesen Freiraum.» Die Bedingung, es müsse zulasten ihrer Freizeit und Ferien gehen. «Ich habe es keinen Moment bereut und genoss meine «Ferientage» in Frauenfeld und Weinfelden über all die vielen Jahre.» Vollen Einsatz gab die Verwaltungsökonomin, die stets ohne Partikularinteresse politisierte, trotzdem. Höhepunkte waren für sie jeweils die Fraktionssitzungen. «Verschiedene Meinungen unter Gleichgesinnten, wertvoller kann ein Austausch nicht sein», blickt sie zurück. Ihre erste Motion im Rat trug sie vor bald 17 Jahren mit einem Kribbeln im Magen vor. Ihr ideales Gegenmittel: «Seriös vorbereitet, lässt es sich auch vor grossen Herausforderungen gut schlafen.» Und noch ein Geheimrezept verrät sie: «Mit Freude

politisieren verleiht Flügel.» So schaffte sie es, auch als Grossratspräsidentin nach einer reich befrachteten Ganztagesitzung im Kantonsrat am gleichen Abend noch eine komplexe Gemeindeversammlung zu führen.

Vorbild sein

Das Jahr als höchste Thurgauerin sei trotz der aussergewöhnlichen Herausforderungen, die ausgerechnet in jenem Jahr unerwartet hereinbrachen, sehr erfüllend gewesen. «Den facettenreichen Kanton Thurgau und damit die Thurgauerinnen und Thurgauer noch besser kennen zu lernen, gab mir sehr viel.» Als «Zahlenmensch», wie sich Heidi Grau selbst bezeichnet, haben ihr die acht Jahre als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, welcher sie zwei Jahre als Präsidentin vorstand, ebenfalls viel bedeutet. Was sie selbst gibt, erwartet sie von anderen. Ihre Mitarbeitenden führt sie streng nach dem Motto «Fördern und Fordern».

Enthusiasmus ist ansteckend

In der FDP Thurgau hat die 62-Jährige grosse Verdienste erworben. Mit ihren Engagements für die Gemeinde, den Kanton und ans Herz gewachsene Institutionen war die ausgebildete Treuhänderin zudem noch Bezirkspräsidentin. Zweimal stellte sie sich als Nationalratskandidatin zur Verfügung. Und am aktuell laufenden Verjüngungsprozess der FDP Thurgau ist sie ebenfalls beteiligt. Als Mitglied im Ausschuss zur Neubestellung des kantonalen FDP-Präsidiums überzeugte sie im vergangenen Jahr den heute amtierenden Parteipräsidenten, Gabriel Macedo, wohl unter anderem mit ihrem Enthusiasmus.

Ein zweites Leben bekommen

So viele Erfolge die Politikerin in ihrer Karriere auch verbuchen konnte, ihren grössten Sieg errang sie als 22-Jährige. Bewegungsunfähig, gelähmt und mit ungünstigster Prognose schaffte sie es nach zwei Jahren aus eigener Kraft zurück in die Normalität. Wohl auch ein Grund, weshalb Heidi Grau heute nicht mehr so schnell etwas aus der Bahn wirft.

Dank für grosse Verdienste

Nach 21 Jahren als Gemeindepräsidentin und 17 Jahren im Kantonsrat sagt Heidi Grau der Politik Adieu. Fortan will sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Peter vermehrt ihrem zweiten Hobby, dem Golfsport, frönen und getreu ihrem Lieblingslied «My way» ihre Wege gehen. Die FDP Thurgau dankt Heidi Grau für ihr grossartiges Engagement und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Marie-Theres Brühwiler

Spürbarer, sichtbarer

FDP-Fraktion – aktiv – 1. Folge

Ein starker Werkplatz Thurgau, der Arbeitsplätze und Perspektiven schafft – mit attraktiven Rahmenbedingungen für bestehende und neue Unternehmen sowie einer gesunden, enkeltauglichen, familien- und wirtschaftsfreundlichen Steuer- und Generationenpolitik. Die 18-köpfige FDP-Fraktion ist in den letzten Monaten deutlich sichtbarer geworden. Erfolgreiche Vorstösse fanden im Grossen Rat überparteiliche Unterstützung. In einer kleinen Serie stellen wir die Beweggründe unserer Kantonsrätinnen und Kantonsräte vor. Wie gehen sie vor, was bewegt sie zum Handeln.

Folge 1: Kantonsrätin Kristiane Vietze

Kristiane Vietze, welches waren die Beweggründe für deine zahlreichen Vorstösse in den vergangenen Wochen? Zum einen sind diese abgeleitet aus den von unserer Fraktion im letzten Jahr verabschiedeten Legislaturzielen (Blauer Faden), zum anderen sind es Problemstellungen, auf die ich selbst stosse oder die mir von meinen Mitmenschen zugetragen werden. Ich befasse mich dann anschliessend vertieft mit dem Thema. Wenn Lösungen auf dem Tisch liegen, ist die Sache erledigt. Oft wird aber auch klar, dass es an solchen fehlt oder diese nicht bekannt sind. Dann geht es an die Detailarbeit.

Kannst du ein Beispiel nennen? Ein Beispiel ist die Motion «Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische Abwicklung der Quellensteuer im Kanton Thurgau». Heute werden Erhebung und Bezug der Quellensteuer von den einzelnen Gemeindesteuernägern vorgenommen. Der Kanton Thurgau ist gemäss Information der Eidgenössischen Steuerverwaltung der einzige Kanton mit einer dezentralen Organisation. Die Arbeitgeber im Thurgau haben deshalb 80 Steuerämter als Ansprechpartner. Für Thurgauer Unternehmen mit Arbeitnehmenden aus verschiedenen Gemeinden bedeutet das einen riesigen administrativen Aufwand. Kommt hinzu, dass der Bezug von Quellensteuern ein Spezialgebiet ist. Für kleinere Gemeinden, mit ganz wenigen Fällen, ist es schwierig, genügend Know-how aufzubauen. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir administrative Mehraufwände eliminieren.

Als du die Motion im Grossen Rat eingereicht hast, waren 123 Kantonsrätinnen und Kantonsräte anwesend. 93 Mitglieder haben deinen Vorstoss unterzeichnet. Wie ist diese breite Unterstützung zustande gekommen? Ich konnte aus der SVP, CVP und SP erstunterzeichnende «MitstreiterInnen» da-

zugewinnen. Wenn man bereits in dieser Phase parteiübergreifend unterwegs ist, erreichen die Vorstösse im Rat eine grössere Akzeptanz und finden in den späteren Beratungen einfacher Mehrheiten.

Holst du immer Unterstützung in anderen Parteien?

Nein, nicht immer. Beim Antrag «Leitbild Wirtschaftsstandort Thurgau» haben wir unsere Anliegen alleine – als FDP-Fraktionsvorstoss – eingebracht. Das ist zum einen ein starkes Zeichen für uns als Wirtschaftspartei, erfordert aber andererseits später im Vorfeld der Behandlung im Grossen Rat deutlich mehr Aufwand. Für die Erheblicherklärung braucht es eine Mehrheit. Entsprechend mussten wir «weibeln». Mit 71:34 Stimmen hat es geklappt, was uns natürlich sehr gefreut hat.

Für die Interpellation «Ermöglichungsstrategie für den Thurgau. Die Wirtschaft will!» hattest du gleich alle im Grossen Rat vertretenen Parteien als Erstunterzeichnende an Bord.

(lacht) Das war ein unglaubliches Wochenende. Anders Stokholm, Martina Pfiffner Müller und ich haben uns zusammengetan. Innerhalb von zwei Tagen konnten wir Erstunterzeichnende aus allen im Grossen Rat vertretenen Parteien gewinnen. Gerade dieser Fall hat bei allem Aufwand, denn die Drähte liefen heiss in diesen Tagen, sehr viel Spass gemacht. Man denke nur, bis alle mit dem Text des Vorstosses einverstanden waren. Dieses Thema ist dringend, deshalb musste es schnell gehen. Denn Wirtschaft und Gesellschaft brauchen eine Perspektive. Eine beschleunigte Teststrategie ermöglicht «Wirtschaften» trotz Corona mit Respekt vor der Pandemie. Wir wollten deshalb nicht mehr zuwarten, haben die Sache dringlich an die Hand genommen, ohne aber dafür das Instrument «Dringliche Interpellation» zu verwenden. Bei einer «Dringlichen Interpellation» muss der Regierungsrat unmittelbar – das heisst am Tag der Einreichung des Vorstosses



Kantonsrätin Kristiane Vietze

– Antwort liefern. Gerade weil das Thema dringlich ist, wollten wir keinen Schnellschuss provozieren, sondern dem Regierungsrat Zeit für eine vertiefte Antwort lassen.

Die Pandemie offenbarte die grossen Schwächen in der Digitalisierung. Hat dein Vorstoss «Digitale Infrastruktur» etwas damit zu tun?

Indirekt schon. Denn gerade in dieser Zeit haben sich Mängel bei der Breitbandanbindung und zunehmend steigende Anforderungen an die digitale Sicherheit und an konstant verfügbare Netzenergie aufgezeigt. Diese Interpellation habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Anders Stokholm und Daniel Eugster aufgegleist. Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Thurgauer Bildungs- und Wirtschaftsraums hängt davon ab, ob es gelingt, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in städtischen und ländlichen Gebieten zu schaffen. Wir möchten deshalb vom Regierungsrat wissen, wie sich das Zusammenspiel von Bund, Kanton, Gemeinden, Wirtschaft, Landwirtschaft und Bevölkerung gestaltet. Denn gemäss der Strategie «Digitale Schweiz» des Uvek soll die Schweiz über eine flächendeckende, zuverlässige, effiziente und nachhaltige Kommunikationsinfrastruktur verfügen. Zugleich möchten wir auch erfahren, wo wir aktuell bezüglich Erschliessung von 5G und Glasfasernetzen im Kanton Thurgau stehen.

Wem möchtest du die nächste Folge dieser Serie überlassen?

Mein Parteikollege Beat Pretali hat bei der Interpellation «Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien» sogar 100 Mitunterzeichnende gewinnen können. Es ist sicher interessant zu lesen, was er mit seinem Vorstoss bezweckt und weshalb dieser von so vielen Kantonsrätinnen und Kantonsräten unterzeichnet wurde.

Interview: Marie-Theres Brühwiler

Mehr dazu im «Freisinn» 3/2021.

Aktuelle Vorstösse aus der FDP-Fraktion Seite 10

Aus der FDP-Fraktion

Vorstösse der letzten Monate

Mitglieder aus der FDP-Fraktion haben in den letzten Monaten einige Vorstösse eingereicht:

- Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von **Ruth Kern** und weiteren vom 24. März 2021 «Vorbildliche Thurgauer Landwirtschaft»
- Motion von **Kristiane Vietze** «Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische Abwicklung der Quellensteuer im Kanton Thurgau»
- Einfache Anfrage von **Andreas Opprecht**

«Werkhofplanung: Braucht es wirklich noch vier Werkhöfe?»

- Einfache Anfrage von **Cornelia Zecchin** und **Anders Stokholm** «Geht das Sozialunternehmen Brüggli zu weit?»
- Einfache Anfrage von **Max Vögeli** und weiteren «Bürgernahe Polizei – auch bei den Polizeiposten»
- Einfache Anfrage von **Andreas Opprecht** «Notfallpraxis»
- Interpellation von **Kristiane Vietze, Martina**

Pfiffner Müller, Anders Stokholm und weiteren «Ermöglichungsstrategie für den Thurgau – Die Wirtschaft will»

- Interpellation von **Beat Pretali, Brigitte Kaufmann, Kristiane Vietze** und weiteren «Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie im Thurgau»
- Interpellation von **Kristiane Vietze, Anders Stokholm, Daniel Eugster** und weiteren «Digitale Infrastruktur im Thurgau»
- Einfache Anfrage von **Viktor Gschwend** «Niederschwellige Berufsbildung – überholte Erforderlichkeit?»
- Motion von **Bruno Lüscher** und weiteren «Pflegeteams zu Hause stärken. Änderung KVG»

FDP unterwegs

Unterschriften für die Renteninitiative

Das Rentenalter schrittweise erhöhen und die unvermeidlich steigenden Zusatzlasten aus der höheren Lebenserwartung fair auf die Generationen verteilen: Die Thurgauer Jungfreisinnigen und Mitglieder ihrer Mutterpartei haben in den letzten

Monaten gemeinsam Unterschriften für die Renteninitiative gesammelt. Sie wollen damit das Problem «Altersvorsorge» an der Wurzel packen und die Renten nachhaltig sichern. Herzlichen Dank allen Beteiligten, die bei Wind und Wetter aktiv

waren. Jetzt laufen die letzten Wochen der Unterschriftensammelaktionen. Helfen Sie mit, dass die Renteninitiative zustande kommt.

www.renten-sichern.ch



Wir gratulieren



Kantonsrätin Michèle Strähl

Michèle Strähl hat im Kantonsrat die Nachfolge von Heidi Grau angetreten. Die 40-jährige Rechtsanwältin ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern, Präsidentin der FDP-Ortspartei Weinfelden und gehört seit April auch dem Weinfelder Gemeindeparlament an. Michèle Strähl hat ihr Amtsgelübde als Kantonsrätin im Grossen Rat am 21. April 2021 abgelegt.



Bezirksgerichtspräsidentin Claudia Spring

Mit einem Glanzresultat ist Claudia Spring im Bezirk Weinfelden zur neuen Bezirksgerichtspräsidentin gewählt worden. Die 44-jährige Berufsrichterin, aktuelle Vizepräsidentin des Bezirksgerichts Weinfelden, wird ihre neue Funktion am 1. Juni 2021 übernehmen.



Ortsparteipräsidentin Katharina Iseli

Die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Gachnang haben an ihrer Generalversammlung Katharina Iseli zur neuen Präsidentin gewählt. Die 47-jährige selbstständige Hebamme tritt die Nachfolge von Daniel Widmer an.

Die FDP an der Spitze

In Kreuzlingen läuft traditionell viel über FDP-Persönlichkeiten. In den letzten elf Monaten waren gar sämtliche Präsidien der Politischen und der Schulgemeinden in FDP-Händen. Auf dem Bild von links: Seraina Perini (Präsidentin der Primar-

schulgemeinde und der Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen), Alexander Salzmann (Gemeinderatspräsident Juni 2020 bis Juni 2021) und Stadtpräsident Thomas Niederberger.



FDP RegioSee

Neuer Gemeinderat



Die FDP RegioSee gratuliert dem neugewählten Gemeinderat Michael Krautter. Der Scherzinger übernimmt die Nachfolge von Adrian Giger und ist für das Ressort Volkswirtschaft zuständig. Michael Krautter arbeitet bei der Post und ist Team- und Standortleiter der kaufmännischen Immobilienbewirtschaftung. Die FDP RegioSee wünscht Michael Krautter in seinem neuen Amt viel Freude, Erfolg, spannende Begegnungen sowie Gestaltungskraft und ungebrochene Energie.

FDP.Die Liberalen RegioSee

FDP Kreuzlingen

Die Stadthausfrage bewegt

Die FDP Kreuzlingen setzt auf pragmatische und zukunftsorientierte Lösungen. Deshalb fordern die Freisinnigen in Bezug auf die Frage der Arbeitsplätze der städtischen Mitarbeitenden eine zeitnahe Lösung. Und sie wollen die Parkplatzdiskussion am Hafenbahnhof und auf der Festwiese gelöst sehen. Alle Entscheide müssen die Stadt- und Zentrumsentwicklung berücksichtigen. Ein strukturiertes Vorgehen ist wichtig. Dies auch, um in Ruhe und mit kühlen Köpfen darüber zu diskutieren. Stadthaus und Parkhaus: Diese zwei Punkte müssen nach ganz oben in der Prioritätenliste der Stadt Kreuzlingen.

FDP Kreuzlingen

Anzeige







«Wollen auch Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen? Gerne zeige ich Ihnen den Weg dazu auf.»

Werner Fleischmann, Firmeninhaber

Fleischmann Immobilien AG
 Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch



IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO₂-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die

aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

Drei Unternehmer für das CO₂-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO₂-Ausstoss.»

Michael Schär
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau



«Die Zeit ist reif für das CO₂-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

Daniel Arn
CEO Hans Christen AG



«Das CO₂-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

Martin Flury
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänni. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

Support für das CO₂-Gesetz

Für Hänni ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänni auch das revidierte CO₂-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänni. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänni nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänni überzeugt. Mit dem CO₂-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänni ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

«Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschubung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.



Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage. (Bild: Thimea Häfliger)



Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO₂-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr ver-

schmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

Das CO₂-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO₂-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO₂-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO₂-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU



Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft

heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäußert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht

bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

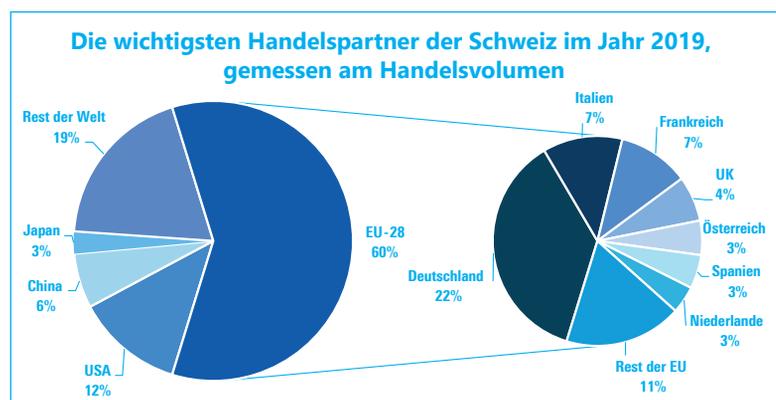
Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

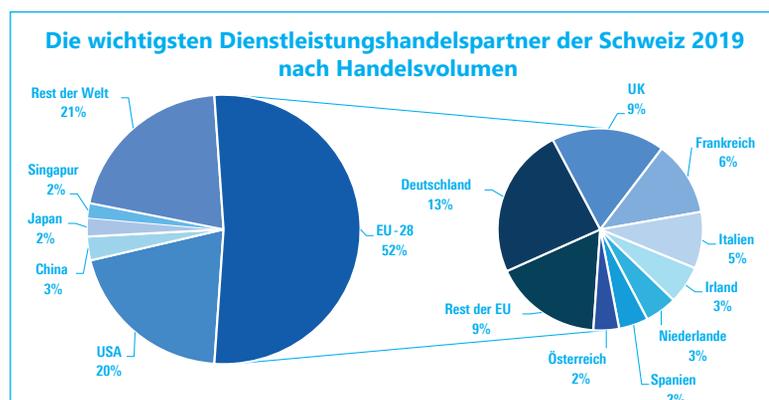
Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

3. Säule: Nationale Massnahmen

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.



Die grosse Genugtuung

Peter Hodel ist neuer Solothurner Regierungsrat

Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuererleichterungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus.

Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

Vom Bauernhof ins Rathaus

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.



Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich den-

ke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

Kamylla Lisi-Brandino
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



Renteninitiative

Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge

Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

**MWST um 4% erhöhen und
KMU schwächen!**

Unsere Lösung:

die Renteninitiative.

Jetzt

den beiliegenden Unterschriftenbogen
unterschreiben
und die AHV nachhaltig sichern

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»



JA

Ja zum Covid-19-Gesetz



JA

Ja zum CO₂-Gesetz



JA

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Martigny

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



FDP Die Liberalen

SAVE THE DATE

Nationale FDP-Sternwanderung
Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier

28. August 2021
Treffpunkt: Region Thun



Warum kommt 5G?



Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

1G
ab 1978
Mobile Telefonie



2G
ab 1993
Der grosse Durchbruch



3G
ab 2004
Das Internet wird mobil

4G
ab 2012
Neue Anwendungen für jede Lebenslage



swisscom

Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



swisscom.ch/5gflyer